



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR UND INFRASTRUKTUR  
DER MINISTER

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur  
Postfach 103452 • 70029 Stuttgart

Herrn Bundesminister  
Dr. Peter Ramsauer, MdB  
Bundesministerium für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung  
11030 Berlin

Stuttgart 02.02.2012

Durchwahl 0711 231-5750

Aktenzeichen 3-3846/Zürich/0094

(Bitte bei Antwort angeben!)

 Flughafen Zürich

Sehr geehrter Herr Kollege,

den Medien durften wir entnehmen, dass Sie mit der Schweizer Bundesrätin Doris Leuthard am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos eine Absichtserklärung unterzeichnet haben. Danach soll auf der Basis der in dieser Erklärung festgelegten Eckwerte unverzüglich ein Staatsvertrag zur Lösung des Fluglärmstreits mit der Schweiz abgeschlossen werden.

Baden-Württemberg pflegt traditionell gute nachbarschaftliche Beziehungen mit der Schweiz. Diese Tradition setzt auch die neue Landesregierung fort. Wir begrüßen deshalb die Absicht der Bundesregierung, den die guten Beziehung belastenden Fluglärmstreit einvernehmlich im Wege eines Staatsvertrags beizulegen.

Für die Regelung der Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich über deutsches Staatsgebiet ist der Bund zuständig. Deshalb ist es sein gutes Recht, in dieser Angelegenheit politisch initiativ zu werden. Bisher entsprach es freilich gutem Brauch, dass die Bundesregierung die Landesregierung und die Region bei den Gesprächen mit der Schweiz einbezogen hat. Deshalb vermag ich meine Enttäuschung nicht zu verbergen, dass die Festlegung der Eckwerte ohne jegliche Einbindung des Landes erfolgte. Umso nachdrücklicher möchte ich die Bitte an Sie richten, dass die Landes

regierung und die Region wenigstens bei den anstehenden Verhandlungen über den Staatsvertrag beteiligt werden. Eine politische Legitimation für einen solchen Staatsvertrag sehe ich nur dann, wenn die davon Betroffenen eine Möglichkeit der Mitwirkung haben.

Ich möchte an dieser Stelle von einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Eckwerten absehen, aber auf einen Punkt, der darin unklar geblieben ist, muss ich doch hinweisen: Eine Lockerung der bestehenden Sperrzeiten in den Nacht- und Tagesrandstunden ist den Menschen in Südbaden nicht vermittelbar. Die Landesregierung von Baden-Württemberg steht zu den Inhalten der „Stuttgarter Erklärung“. Sofern bis zum Sommer 2012 kein Verhandlungsergebnis erzielt wird, erwarten wir, dass Ihr Haus zeitnah die angekündigte einseitige Verschärfung der 220. DVO im Interesse der Bevölkerung in Südbaden umsetzt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen weiteren Vorgang ansprechen: Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung hat im September 2011 die 3. Verordnung zur Änderung der 220. DVO zur Luftverkehrs-Ordnung erlassen. Der deutsche Fluglärm-Beirat für den Flughafen Zürich hat sich damit in seiner Sitzung am 26. Januar 2012 befasst. Der von Ihrem Haus in einer Stellungnahme vom 25. Januar 2012 dargestellte rein technische Charakter der Änderung wurde dabei in Frage gestellt. Unabhängig davon stieß im Beirat die Tatsache auf Befremden, dass die verantwortlichen Stellen des Bundes weder das Land noch die Region im Vorfeld über ihr Vorhaben informiert haben. Bei der Festlegung von Flugverfahren im Umfeld eines Flughafens ist die Fluglärmkommission zu beteiligen. Zwar ist der deutsche Fluglärm-Beirat für den Flughafen Zürich keine Fluglärmkommission im Sinne des Luftverkehrsgesetzes. Er hat aber die gleichen Aufgaben und ist somit das richtige Forum, um anstehende, auch technische Änderung der deutschen Anflugregelungen auf den Flughafen Zürich zu beraten. Ich möchte Sie deshalb darum bitten, dafür Sorge zu tragen, dass künftig bei Änderungen der 220. DVO vorab der Fluglärm-Beirat in gleicher Weise wie eine Fluglärmkommission beteiligt wird.

Wir sind beim Fluglärmstreit an einem entscheidenden Punkt angekommen. Ich hoffe sehr, dass wir über Zuständigkeits- und Parteigrenzen hinweg gemeinsam eine Lösung erreichen können, die vor Ort bei den Betroffenen auf Akzeptanz stößt - sowohl

bei den Inhalten als auch beim Verfahren. Ein solches Ergebnis sind wir den Menschen in Südbaden schuldig. Wir sollten aus Stuttgart 21 die richtigen Lehren ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Winfried Hermann'.

Winfried Hermann